

18.42

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Lieber Philip, immer wenn du Schnappatmung kriegst, muss man ein bisschen vorsichtig sein. Bringen wir wieder ein bisschen mehr Realismus in die Debatte! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Ich sage dir einfach aus meiner Position heraus – und ich war auch jahrelang in einem Heim im 8. Bezirk Heimvertreter –: Das, was du und deine Vorgängerin hier so erzählt hast, ist so nicht wahr. Warum? – Wir sind knapp nach dem ersten Jahr dieser Bundesregierung, und ich höre von dieser Seite des Parlaments (*in Richtung SPÖ weisend*) immer wieder: Es ist zu teuer, es ist Rechtsunsicherheit, und, und, und.

Wir haben am Anfang gehört: Dieses Gesetz ist seit 20 Jahren nicht novelliert worden. Bitte, wer hat in den letzten 20 Jahren da gearbeitet? Wer hat es nicht zusammengebracht, Rechtssicherheit zu schaffen? (*Abg. Kucher: ... Mitsprache!*) Wer brachte es nicht zusammen, diese höchsten Preise für die armen Studenten in irgendeiner Art zu verhindern? Wer konnte die Studenten nicht unterstützen? (*Abg. Kucher: Die ÖVP!*)

Wenn ihr mit einem Finger auf uns zeigt, zeigen mindestens drei zu euch zurück. Wer war denn in diesem Bereich verantwortlich? Und wo sind wirklich die teuersten Mieten? – In den sozialistisch regierten Hauptstädten! Das ist leider Fakt! (*Oh-Rufe bei der FPÖ.*) Das ist leider Fakt: leider für die Studenten, die jetzt wieder herhalten müssen. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Ich kann Ihnen schon sagen, als Student überlegt man es sich – natürlich gemeinsam mit den Eltern –: Wie macht man das wirklich? Wo geht man hin, wo möchte man studieren und was kostet dort das Ganze? Wien war auch damals in den Achtzigerjahren nicht das billige Pflaster, es war auch damals schon teuer. Wenn man aber Qualität wollte, dann hatte man es sich halt aussuchen können: etwas Gescheites oder gar nichts.

Ganz einfach: Alles, was ich von dir, Philip, dazu noch gehört habe, mit der Einsichtnahme und so weiter, den Preisen, der Studentenvertretung, alles, was du erzählt hast, ist nicht so. Eine Einsichtnahme ist kein Recht für irgendetwas. Alles das, was auch vom Kollegen Noll gesagt worden ist, ist so nicht zutreffend. Das ist eine Pseudobegründung.

Wichtig ist vielmehr, dass man es schafft, Wohnraum für Studenten zu errichten, und das werden wir nicht vom Bund aus machen, da wären einmal die Länder gefragt. Und, bitte, Sie haben vor etlichen Jahren auch eine Wohnbaumilliard verkündet; das Geld

ist einfach im Budget versumpert. Mit der Milliarde hätten Sie für Studenten Hunderte Heime bauen können, aber es ist leider nicht passiert. (*Zwischenruf des Abg. Kucher.*)

Es wird wahrscheinlich an uns liegen, auch in den Ländern durchzusetzen, dass nicht nur für die normalen Bürger, denen es sozial ein bisschen schlechter geht, sondern auch für die Studenten Heime errichtet werden. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

18.45